An die
Europäische Kommission
Generaldirektion Binnenmarkt, Industrie,
Unternehmertum und KMU

B-1049 Brüssel
Per eMail an: grow-dir2015-1535-central@ec.europa.eu

Schauflergasse 6
1015 Wien
Tel. 01/53441-0
Fax: 01/53441-8519
www.lk-oe.at
office@lk-oe.at

Ing Mag Andreas Graf
DW: 8593
a.graf@lk-oe.at
GZ: --/--

Wien, 09. Oktober 2019

Notifizierungsnummer 2019/419/A; Stellungnahme

Die Landwirtschaftskammer Österreich nimmt zu dem im Betreff genannten Thema wie folgt Stellung:

Bereits im Jahre 2013 wurde in Österreich eine intensive Diskussion über die Verwendung des Pflanzenschutzwirkstoffes Glyphosat geführt. Seit damals ist die sogenannte „Sikkation“, also die mit Glyphosat beschleunigte Abreife von bestimmten Ackerkulturen verboten. Diese Maßnahme wurde nach Abwägung der Vor- und Nachteile in einem intensiv geführten Prozess gesetzt und war im Sinne der Verhältnismäßigkeit für die betroffenen Wirtschaftskreise verpflichtend umzusetzen, aber im Endeffekt auch umsetzbar.

Das österreichische Parlament hat am 28.08.2019 ein wesentlich weitergehendes „Bundesgesetz, mit dem das Pflanzenschutzmittelgesetz 2011 geändert wird“ zur Notifizierung der Europäischen Kommission vorgelegt.

Mit dem am 31.07.2019 im Bundesgesetzblatt kundgemachten und nun vorgelegten Gesetz soll „das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln mit dem Wirkstoff Glyphosat im Sinne des Vorsorgeprinzips verboten“ werden.

Die Landwirtschaftskammer Österreich weist darauf hin, dass mit Durchführungsverordnung (EU) 2017/2324 der Kommission vom 12. Dezember 2017 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffes Glyphosat gemäß der Verordnung (EG) Nr 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr 540/2011 der Kommission der Wirkstoff Glyphosat in der Europäischen Kommission eine aufrechte Zulassung hat und somit in der gesamten Europäischen Union verwendet werden kann.

Im Rahmen der Wirkstoffzulassung gem Verordnung (EG) Nr 1107/2009 wird auch das Vorsorgeprinzip mitgeprüft und die einzelnen Mitgliedstaaten können im Zuge dessen ihre Meinung dazu abgeben. Österreich hat im Zuge der Wirkstoffzulassung keine neuen Erkenntnisse vorgebracht, die gegen eine Zulassung gesprochen hätten (siehe dazu auch EuGH C-616/17). Insofern ist ein nationales Verbot eines Wirkstoffes, der in der EU eine aufrechte Zulassung hat, aus Sicht der Landwirtschaftskammer Österreich EU-rechtswidrig.

Dies wurde auch in einer Studie von Univ-Prof Dr Walter Obwexer (Uni Innsbruck) aus 2017 bestätigt. Er führt dazu aus, dass „... Ein Verbot des Inverkehrbringens derartiger [Anm: glyphosathältiger] Pflanzenschutzmittel („Totalverbot“) mit dem geltenden Unionsrecht jedoch nicht vereinbar [ist]. Daher kann der Bund unionskonform kein derartiges Verbot erlassen.“

Es wurden in der parlamentarischen Debatte vor Beschlussfassung des nationalen Totalverbots (https://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2019/PK0767/index.shtml) keine weiteren fachlichen Argumente zur Diskussion im Parlament oder einer diesem gleichstellbaren demokratischen Ebene zur Verfügung gestellt oder im Sinne des Vorsichtsprinzips konkretisiert, die einen zusätzlichen sachlichen Rechtfertigungsgrund darstellen würden.

Auch die im Vorfeld der politischen Diskussion beauftragte Studie der Universität für Bodenkultur (BOKU 2019) kommt zu diesem recht eindeutigen Ergebnis (siehe Seite 220, 14.6): „Die vorliegende Studie bestätigt, dass ein nationales Totalverbot von glyphosathaltigen Pflanzenschutzmitteln unionsrechtswidrig wäre.“

In dieser Studie (BOKU 2019) werden unter anderem auch die wirtschaftlichen Auswirkungen eines Glyphosat-Verbotes betrachtet, vor allem vor dem Hintergrund, dass es keinen adäquaten alternativen Wirkstoff für die vielfältigen Einsatzmöglichkeiten gibt. (siehe dazu auch <https://www.ages.at/service/service-presse/pressemeldungen/verbraucherinnen-information-zu-glyphosat/>).

Die Landwirtschaftskammer Österreich möchte auch auf die Notifizierung 2017/580/A hinweisen, mit der das Bundesland Kärnten ein Verbot des Wirkstoffes Glyphosat vorsehen wollte. Die Europäische Kommission hat diesem generellen Verbot widersprochen und Kärnten musste den Gesetzesvorschlag zurückziehen und an das geltende EU-Recht anpassen.

In den Erläuterungen zum Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Kärntner Landes-Pflanzenschutzmittelgesetz geändert wird dazu ausgeführt:

„Am 08.12.2017 wurde im RVI-Ausschuss des Kärntner Landtages ein Antrag eingebracht mit welchem ein kärntenweites Glyphosatverbot erlassen werden soll. Die europäische Kommission hat hierzu im Notifizierungsverfahren (2017/0580/A) folgendes mitgeteilt:

„Unabhängig von den Ergebnissen, die aus der spezifischen Bewertung jedes einzelnen Antrags auf Zulassung bzw. Erneuerung der Zulassung hervorgehen, scheint ein vollständiges Verbot von Pflanzenschutzmitteln mit Glyphosat gemäß Artikel I des notifizierten Entwurfs Anlass zu ernsthaften Bedenken in Bezug auf die

grundlegenden Vorschriften über die Zulassung von Pflanzenschutzmitteln und ihre Erneuerung in den Artikeln 29 bis 46 der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 zu geben.“

„Angesichts der vorliegenden Informationen ist die Kommission der Auffassung, dass die Mitgliedstaaten sich nicht auf das der Verordnung zugrunde liegende Vorsorgeprinzip berufen können, um damit die Nicht-Durchführung dieser individuellen Bewertungen zu begründen.“

„Überdies scheint der notifizierte Entwurf in bestehende gültige Zulassungen einzugreifen, die von den österreichischen Behörden gemäß Artikel 29 der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 erteilt wurden. Zulassungen für Mittel mit Glyphosat wurden in Österreich gemäß Artikel 29 erteilt, und die Dauer dieser Zulassungen wurde nach Artikel 32 festgelegt.“

„In Anbetracht der obigen Ausführungen möchte die Kommission die österreichischen Behörden darauf aufmerksam machen, dass der notifizierte Entwurf den in der EU für die Genehmigung von Wirkstoffen und die Zulassung von Pflanzenschutzmitteln bestehenden Rahmen in gebührender Weise berücksichtigen sollte.“

Auf Grund der Mitteilung steht fest, dass die Europäische Kommission ein absolutes Verbot als unzulässig sieht, jedoch Änderungen im K-LPG, welche die Verwendung in einem Maß beschränkt, das das gültige Inverkehrbringen gemäß den nationalen Regelungen in Umsetzung des Unionsrechtes (Artikel 29 der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009) gewährleistet, möglich wäre.“

Es gibt weder besondere neue Erkenntnisse den Wirkstoff Glyphosat betreffend, die österreichische Beschlusslage berücksichtigt keine handelspolitischen Fragestellungen, die jedoch relevant werden können und auch den Binnenmarkt betreffen, noch sind spezifische Herausforderungen auf der nationalen Ebene in angemessener Weise adressiert.

Diese sind insbesondere

- Boden- und Erosionsschutz und Alternativen im Bereich der Mulch- oder Direktsaat
- Bandspritzung (Obstbau, Weinbau, ...)
- Bekämpfung von Neophyten (Ambrosia, ...)
- Verkehrsbegleitflächen (Bahn, Straße, ...), wo im öffentlichen Interesse die Bekämpfung von Bewuchs notwendig ist.

Weiters wird hingewiesen, dass auch Kommissar Vytenis Andriukaitis in einer parlamentarischen Anfragebeantwortung (P-002153/2019) festgehalten hat, dass „ein generelles Verbot [...] dem EU-Recht zuwiderlaufen würde“.

In diesem Zusammenhang wird auch auf das Verfahren gem Richtlinie (EU) 2015/1535 verwiesen, dem zu folge eine technische Vorschrift vor Beschlussfassung der Europäischen

Kommission notifiziert werden muss. Auch dies wurde von Österreich bislang nicht gemacht, da der Gesetzesbeschluss vorliegt und keine inhaltlichen Änderungen (mehr) möglich sind.

Die Landwirtschaftskammer Österreich fordert daher, den vorliegenden Gesetzesbeschluss abzulehnen und zurückzuweisen!

Mit freundlichen Grüßen

gez. Josef Moosbrugger
Präsident der
Landwirtschaftskammer Österreich

gez. Ferdinand Lembacher
Generalsekretär der
Landwirtschaftskammer Österreich

Beilagen

- Obwexer, Stellungnahme: Unionsrechtliche Rahmenbedingungen betreffend Zulassungs- und Anwendungsbeschränkungen für Pflanzenschutzmittel mit dem Wirkstoff Glyphosat (2017) ¹
- Steinkellner et al, Nationale Machbarkeitsstudie zum Glyphosatausstieg, Endbericht zum Forschungsprojekt Nummer 101347 (BOKU 2019)²
- Anfrage und Antwort zu P-002153/2019³

¹ https://www.bmnt.gv.at/dam/jcr:38ef04e0-5212-406e-a8e7-c4d21998d1ed/Stellungnahme%20Oberwexer_Unionsrechtliche%20Rahmenbedingungen%20betreffend%20Zulassungs-%20und%20Anwendungsbeschr%C3%A4nkungen.pdf

² https://www.bmnt.gv.at/dam/jcr:acbc2379-c87b-4448-81e3-e70fe73fe0e2/Endbericht_Glyphosat_Forschungsprojekt_Nr_101347_08_2019_b.pdf

³ http://www.europarl.europa.eu/doceo/document/P-9-2019-002153_DE.html